

Das Ende der Souveränität (III) 02.03.2010



ATHEN/BERLIN (Eigener Bericht) - Angesichts der Finanzkrise in Griechenland ziehen Regierungsberater in Berlin neue Einschränkungen der Souveränität von EU-Mitgliedstaaten in Betracht. Man müsse diskutieren, "ob und wie ein frühzeitiger Durchgriff auf die nationale Fiskalpolitik möglich sein sollte", fordert die Stiftung Wissenschaft und Politik in einer aktuellen

Analyse. Hintergrund sind Schwierigkeiten, die Lage in Griechenland unter Kontrolle zu bekommen. Am gestrigen Montag hat die Athener Regierung Brüssel neue Einschnitte bei den Löhnen und weitere Steuererhöhungen zugesagt; es gilt allerdings als ungewiss, ob die drastischen Maßnahmen ausreichen, um deutsche Finanzhilfen an Griechenland zu vermeiden. Berlin zieht inzwischen in Betracht, das Land in den Staatsbankrott stürzen zu lassen. Die Auswirkungen seien wahrscheinlich "nur wenig gravierender" als die Folgen der Insolvenz von General Motors im vergangenen Jahr, schreibt die Stiftung Wissenschaft und Politik. Gegen die deutsche Wirtschaftsdominanz werden in Griechenland bereits seit einiger Zeit Proteste laut. Medien warnen nun vor einer "absoluten Kontrolle der Deutschen" über die griechischen Staatsfinanzen.

Deutsche Woche: Schicksalswoche

In diesen Tagen werden in Athen maßgebliche Entscheidungen über den weiteren Umgang mit der Finanzkrise erwartet. Angesichts zweier herausragender Zusammenkünfte griechischer und deutscher Stellen ist in den griechischen Medien von einer "deutschen Woche" die Rede, zuweilen auch von einer "Schicksalswoche".[1] Erst am vergangenen Freitag hielt sich der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, zu Gesprächen über die Krise in Athen auf; er traf dort mit dem Ministerpräsidenten Griechenlands, Giorgos Papandreou, zusammen. Die Deutsche Bank hatte die griechische Regierung schon im Januar im Hinblick auf die Staatsverschuldung beraten.[2] Am kommenden Freitag wird Ministerpräsident Papandreou im Kanzleramt in Berlin erwartet. Dem Treffen mit der deutschen Kanzlerin wird höchste Bedeutung beigemessen.

Ein Exempel

Der massive deutsche Druck auf Athen liegt weniger in möglichen Gefahren für deutsche Banken begründet. Ende September 2009 war Griechenland zwar mit gut 43 Milliarden US-Dollar bei deutschen Kreditinstituten verschuldet. Fachleute halten jedoch einen Verlust in dieser Größenordnung, der bei einem Staatsbankrott drohen könnte, für verkraftbar: Er beläuft sich nur auf 1,2 Prozent sämtlicher deutscher Auslandskredite in Höhe von 3,5 Billionen US-Dollar.[3] Erheblich größere Probleme ergäben sich durch einen finanziellen Zusammenbruch etwa Spaniens, das mit 240 Milliarden US-Dollar bei deutschen Banken in der Kreide steht. Spanien gilt nach Griechenland und Portugal als dritter Kandidat für ein Diktat aus Brüssel zur Senkung seines staatlichen Haushaltsdefizits. Dass Berlin mit Hilfe der EU in Athen auf drastische Einsparungen dringt, soll daher auch ein Exempel statuieren, um Madrid zu vergleichbaren Schritten zu bewegen und so eine weitere Zunahme der spanischen Verschuldung (und damit Risiken für deutsche Kredite) zu verhindern.

Niedriglohnpolitik

Vor allem jedoch dient das deutsch-europäische Kürzungsdiktat der Lösung eines grundlegenden Problems. Mit harter Niedriglohnpolitik hat sich die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren erhebliche Vorteile gegenüber ihren europäischen Konkurrenten verschafft und ihre Exporte drastisch gesteigert - auf Kosten unter anderem der südeuropäischen Länder, deren Außenhandelsdefizit gegenüber Deutschland deutlich stieg (german-foreign-policy.com berichtete [4]). So nahm etwa das Außenhandelsdefizit Griechenlands gegenüber Deutschland von knapp 5,3 Milliarden Euro im Jahr 2006 auf mehr als 6,3 Milliarden Euro im Jahr 2008 zu. Man müsse "den krassen Unterschieden in der Wettbewerbsfähigkeit" innerhalb der Eurozone entgegenwirken, um der griechischen Schuldenspirale ein Ende zu setzen, schreibt die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Der Oktroy einer Niedriglohnpolitik nach deutschem Vorbild, wie er gegenwärtig vollzogen wird, reiche nicht aus, heißt es weiter bei der SWP.[5] Über die notwendigen zusätzlichen Schritte sind sich die Berliner Regierungsberater jedoch

nicht einig.

Staatsbankrott

Einer der aktuellen Vorschläge läuft darauf hinaus, die Wirtschaft Griechenlands - und womöglich auch diejenige weiterer "schwacher Länder" - mit erhöhten Transferleistungen an Athen oder mit zusätzlichen Einfuhren anzukurbeln. Möglicherweise müsse man dies mit einer weiteren Einschränkung der Souveränität der jeweiligen Staaten verbinden: "Diskutiert werden muss, ob und wie ein frühzeitigerer Durchgriff auf die nationale Fiskalpolitik möglich sein sollte", fordert die SWP.[6] Manche Regierungsberater sprechen sich gegen ein solches Vorgehen aus. "Mittel- und langfristig" führe ein Rettungspaket für Griechenland zu einer Schwächung des Euro, heißt es; dies müsse unbedingt verhindert werden. Stürze Athen dagegen in den Staatsbankrott, dann werde sich sicher "die Erkenntnis durchsetzen, dass in der Eurozone ausufernde Defizite nicht mit der Notenpresse bekämpft werden. Dies würde den Außenwert des Euro sogar stärken." [7] Dabei hätte der Bankrott Griechenlands "vermutlich nur wenig gravierendere Folgen als etwa die Insolvenz des weltgrößten Automobilherstellers General Motors im Jahr 2009." Eine Verhinderung des Staatsbankrotts könne sich durchaus als die "gefährlichere Alternative" erweisen.

Unter Kontrolle

Athen kann die Berliner Debatte über die Zukunft Griechenlands ebensowenig ignorieren wie die aktuelle deutsche Medienkampagne gegen den griechischen Staat: Deutschland ist nicht nur stärkste Macht der EU, sondern auch größter Warenlieferant Griechenlands sowie einer der größten dortigen Auslandsinvestoren. In der Bevölkerung regt sich immer wieder Protest gegen die deutsche Dominanz, zumal der NS-Terror in dem Land nach wie vor nicht vergessen ist. Als die Deutsche Telekom im Jahr 2008 bei dem griechischen Telekomunternehmen OTE einsteigen wollte, kam es zu heftigen Streiks, weil die Belegschaft Maßnahmen befürchtete, wie sie jetzt auf deutschen Druck in ganz Griechenland durchgesetzt werden - Entlassungen und Lohnkürzungen. OTE, eines der größten Unternehmen des Landes, ist heute zu 30 Prozent in deutschem Besitz.[8] Nicht zuletzt wegen der aktuellen "Beratungstätigkeit" der Deutschen Bank bei der Regierung in Athen warnen griechische Medien vor einer weiteren Zunahme der deutschen Dominanz und vor allem vor einer absehbaren "absoluten Kontrolle der Deutschen über die Entscheidungen und Pläne des griechischen Finanzministeriums". [9] Eine solche Kontrolle wäre nichts anderes als die Konsequenz der weitgehenden Einschränkung staatlicher Souveränität, wie sie die EU auf Drängen Berlins (german-foreign-policy.com berichtete [10]) jetzt in Finanzfragen gegenüber Griechenland durchgesetzt hat.

[1] Prinzip Hoffnung; Der Tagesspiegel 01.03.2010

[2] Ackermann berät griechische Regierung; faz.net 26.01.2010

[3] Heribert Dieter: Die internationalen Finanzmärkte stellen die Eurozone auf die Probe; SWP-Aktuell 19, Februar 2010

[4] s. dazu **Das Ende der Souveränität (II)** und **Vor dem Sturm**

[5], [6] Daniela Schwarzer: Griechenland enthüllt Schwäche der EWU; SWP-Aktuell 18, Februar 2010

[7] Heribert Dieter: Die internationalen Finanzmärkte stellen die Eurozone auf die Probe; SWP-Aktuell 19, Februar 2010

[8] s. dazu **Kolonialistisch**

[9] Prinzip Hoffnung; Der Tagesspiegel 01.03.2010

[10] s. dazu **Das Ende der Souveränität**

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com